



Vortrag von MONICA BALTODANO

VORSITZENDE VON POPOL NAE

MITGLIED DER ARTIKULATION SOZIALER BEWEGUNGEN (AMS)

vor dem UNTERAUSSCHUSS FÜR MENSCHENRECHTE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

am 16. November 2020

Frau María Arena, Vorsitzende der Unterkommission für Menschenrechte,

Meine Damen und Herren Europaabgeordnete,

Gestatten Sie mir zunächst, dem Europäischen Parlament für seine eindringlichen Erklärungen und Entschließungen zu Nicaragua zu danken. Mein besonderer Dank gilt den Mitgliedern des Europäischen Parlaments: Javier Nart, Ramón Jauregui, Miguel Urbán, José Ramón Bauzá und all jenen, die im Namen unseres Volkes physisch und moralisch anwesend waren.

Das Europäische Parlament hat in seinen Entschließungen 12 wichtige Empfehlungen hervorgehoben, die ich, um Zeit zu sparen, nicht erwähnen möchte. Ich muss jedoch sagen, dass keine dieser Empfehlungen befolgt wurde. Keine. Wir werden es sehen!

1) Die Freiheit, anders zu denken, wird nach wie vor mit Freiheitsstrafe geahndet. Bis zum 7. November waren immer noch 115 Männer und 3 Frauen aus Gewissensgründen inhaftiert, 10 von

ihnen schon seit vor 2018. Nach wie vor wird eine repressive Praxis namens "Drehtür" identifiziert, eine Dynamik, in der das Regime Menschen gefangen nimmt und wieder freilässt - mittlerweile aber immer weniger. Auf diese Weise versuchen sie, durch Terror die Aktion und politische Organisation von Gegnern zu verhindern und andererseits ihre Darstellung von "Normalität" zu verstärken.

2) Den NGOs, deren Rechtsstatus aberkannt worden war, wurden weder Rechtsstatus noch Vermögen zurückgegeben, schlimmer noch, sie leiden außerdem unter einer Verzögerung der Justiz. Die Verfassungsbeschwerden, die zwei Jahre später beim Obersten Gerichtshof eingereicht werden, erhalten in keiner Weise ein Urteil. Auf diese Weise versuchen sie zu verhindern, dass Organisationen sich an internationale Gremien wenden.

3) Die Regierung erlaubt weiterhin nicht die Rückkehr internationaler Menschenrechtsorganisationen nach Nicaragua

4) Es wurde kein Prozess der Entmilitarisierung und Entwaffnung von Paramilitärs/Überfallkommandos oder einer Untersuchung, wie vom OHCHR, der IACHR und der GIEI gefordert, durchgeführt. Gegenwärtig agieren diese Gruppen weiterhin in Koordination mit der nationalen Polizei, bei Belagerungen, Spionage und Gefangennahme von Mitgliedern der Opposition und Menschenrechtsaktivisten.

5) Nicaraguaner*innen im Exil haben keine Garantien für die Rückkehr in ihr Land. Mehr als einhunderttausend Nicaraguaner sind politische Exilanten, die meisten von ihnen leben in sehr ärmlichen Verhältnissen, unter ihnen Journalisten und Journalisten, Studierende und Bauern/Bäuerinnen.

6) Zwölf Monate vor den geplanten nationalen Wahlen haben die für freie, transparente und beobachtete Wahlen unerlässlichen Veränderungen noch nicht stattgefunden.

Den verschiedenen politischen Gruppen und anderen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft gelang es, einen einvernehmlichen Vorschlag für Wahlreformen vorzulegen, aber alle von der Regierung ausgesandten Signale sind negativ. Mit Einschüchterungen und Gewaltakten versuchen sie, die Organisierung des Volkes zu verhindern. Der Versuch, sich zu treffen, selbst in geschlossenen Räumen, ist zu einer riskanten Aktion geworden. Die Polizei hindert die Gegner daran, die Stadt oder ihre eigenen Häuser zu verlassen, indem sie Patrouillen vor ihren Häusern postiert. Sie umzingeln oder durchdringen die Orte, in denen die Versammlungen geplant sind. Gruppen von Paramilitärs (Parapolizei) schüchtern die Teilnehmer*innen ein und greifen sie an. Wenn das Treffen erfolgreich ist, kommen die Teilnehmer*innen heraus und finden die Reifen an ihren Fahrzeuge aufgeschlitzt,

und sie werfen Steine auf sie und stoßen Drohungen aus, mit der zynischen Selbstgefälligkeit der Polizei.

7) Die Presse- und Informationsfreiheit ist eine Fiktion. Ortega kontrolliert 8 der 11 offenen Fernsehkanäle. Die Räumlichkeiten von Confidential und 100% News befinden sich nach wie vor in den Händen der Polizei.

8) Die akademische Freiheit wird weiterhin verweigert. Keiner der 150 von der Uni verwiesenen Studierenden wurde wieder in der Uni aufgenommen. Die Entlassungen kritischer Professoren gehen weiter, und die öffentlichen Universitäten folgen weiterhin der Logik der Unterordnung unter eine sektenartige Partei.

9) Jede Mobilisierung oder Protestaktion ist verboten. Wir Frauen können nicht einmal den Internationalen Frauentag feiern, noch können die Bürger*innen für irgendein soziales oder politisches Recht demonstrieren. Die Mahnwachen von Feministinnen zur Verurteilung der Vergewaltigung und Ermordung von zwei jungen Mädchen führten zu einem brutalen Zusammenstoß mit den Aufstandsbekämpfungseinheiten. Nur Anhänger der Regierung haben die Freiheit, auf die Straße zu gehen.

10) Dialog? Es gibt keinen Dialog. Bis heute hat die Regierung die im März 2019 mit der Bürgerallianz unterzeichneten Vereinbarungen nicht erfüllt.

(11) Die Fälle von 328 getöteten Personen (24 Kinder und Jugendliche, 21 Polizeibeamte) sind immer noch nicht untersucht worden (IACHR/GIEI/MESENI). Es herrscht Straffreiheit für schwere Menschenrechtsverletzungen, die seit dem 18. April 2018 begangen wurden.

12) Mitten im De-facto-Belagerungsstaat gilt das Einreichen von Beschwerden oder einfach die Veröffentlichung journalistischer Untersuchungen in den Netzwerken als kriminelle Handlung.

Unter Missachtung des nationalen Protests und internationaler Empfehlungen wie der des Europäischen Parlaments in seiner EntschlieÙung vom 20. September hat die Diktatur in den letzten Wochen ein Paket von Gesetzen verabschiedet, die die verfassungsmäßigen Rechte und die universellen Menschenrechte verletzen,

A) Am 15. Oktober wurde das "Gesetz zur Regulierung ausländischer Agenten" (Gesetz 1040) als ein weiteres Instrument zur Kriminalisierung, Erstickung und Terrorisierung jeglicher Oppositionsäußerungen im Land verabschiedet.

B) Am 27. Oktober verabschiedeten sie das "Sondergesetz über Cyber-Kriminalität", das als Knebelgesetz bekannt ist, um das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken und Strafen zwischen zwei und acht Jahren Gefängnis für ihrer Ansicht nach "falsche Nachrichten, die Weitergabe vertraulicher Informationen aus staatlichen Institutionen usw." festzulegen.

C) Und schließlich haben sie am 10. November die Reform von Artikel 37 der Verfassung in der ersten Legislaturperiode gebilligt, die die Verurteilung zu lebenslanger Haft für Personen vorsieht, die wegen schwerer Verbrechen verurteilt wurden, wenn Umstände vorliegen, die nach Ansicht der Behörden als hasserfüllt, grausam, erniedrigend usw. angesehen werden.

Sehr geehrte Abgeordnete, Sie fragen sich vielleicht, was das Regime mit so viel Repression verfolgt. Wir antworten: Ortega und Murillo haben nur ein Ziel: sich um jeden Preis an der Macht zu halten, ihre Geschäfte und Privilegien zu verteidigen. Mit einem populistischen Diskurs ist das Land noch nie so wie heute den Interessen der transnationalen Konzerne, dem Extraktivismus, dem Raubbau an der Natur, der gewaltsamen Enteignung des Landes und der Wälder der indigenen Völker ausgeliefert. Noch nie wie heute sind die Frauen Opfer von Vergewaltigung und Femizid. Nicaragua ist das Land Lateinamerikas mit der höchsten Schwangerschaftsrate unter Mädchen und Heranwachsenden.

Aus dem Kampf des zivilen und friedlichen Widerstands, den wir in Nicaragua geführt haben, wollen wir hervorheben, dass es unbedingt notwendig ist, dass internationale Menschenrechtsorganisationen in das Land zurückkehren können, damit ihre Präsenz dazu beiträgt, die erstickende Situation, in der wir leben, zu verringern.

Freiheit und Menschenrechte können nicht mit dem Argument der nationalen Souveränität zerschlagen werden. In Mittelamerika, nicht nur in Nicaragua, ist die Verschlechterung der Menschenrechtslage spürbar. Deshalb wollen wir vorschlagen, dass die Europäische Union im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit Zentralamerika (ADA) eine Bewertung der Menschenrechtslage in der zentralamerikanischen Region vornimmt und die Maßnahmen ergreift, die dieses Abkommen vorsieht, um seine Einhaltung einzufordern.

Freunde: Wir, die wir seit unserer Jugend für die Freiheit kämpfen und die einer Diktatur gegenüberstehen, die die Waffen in der Hand hält, wünschen uns zutiefst, dass dieser schmerzhafteste Weg für immer geschlossen wird. Die Einheit der Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner, in der Feministinnen, Ökologinnen und Ökologen, linke Aktivistinnen und Aktivisten, Liberale, Konservative,

Sozialchristen, nicht-orteguistische Sandinisten, Menschen unterschiedlicher religiöser Überzeugungen, Bauern und Bäuerinnen, Indigene und Menschen afrikanischer Abstammung zusammenkommen, ist der Weg einer Zivilgesellschaft zur Verwirklichung von Freiheit und Demokratie.

Der Weg Nicaraguas ist die Einheit der gesamten Gesellschaft in ihrer Pluralität gegen eine Diktatur, in der es keinen Raum für polarisierende Lesarten wie im Kalten Krieg gibt. Wir begrüßen daher die Tatsache, dass das Europäische Parlament das Volk Nicaragua aus einer Position der Pluralität heraus unterstützt.

Keine Institution, keine Situation kann für uns akzeptabel sein, wenn sie den Verlust der Freiheit bedeutet. Ohne Freiheit, die die Bedingung ist, unter der wir Nicaraguaner*innen sind auch alle anderen Rechte verwehrt und der Laune der Tyrannei von Ortega-Murillo unterworfen. Unsere Anklage ist also Teil des Kampfes unseres Volkes für seine Freiheit.

Ich danke Ihnen vielmals.